

Das C im Namen der CVP

Lucrezia Meier-Schatz, Markus Arnold, Jacques Neiryneck, Martin Schwegler

Bern, im Dezember 2010

Abstract

Das vorliegende Dokument soll dazu dienen, die Haltung und Aufgabe einer auf dem christlichen Menschenbild beruhenden Politik zu erläutern. Es zeigt den Rahmen auf, in dem sich politisches Handeln bewegen kann oder darf, um dem Anspruch des „C“ im Parteinamen zu genügen. Dieser Text soll über die Parteiverantwortlichen hinaus einen breiten Grundkonsens hinsichtlich unserer auf christlichen Werten beruhenden Politik herausbilden.

Die Arbeitsgruppe betont, dass keine Politik an sich als „christliche“ bezeichnet werden kann. Deshalb spricht der Text auch nicht von einer christlichen Politik, sondern von einer auf dem christlichen Menschenbild bzw. christlichen Werten beruhenden Politik.

Nach einer Einleitung zur politischen Position und Verantwortung der CVP folgt eine Kurzdefinition des „Christlichen“ im Verständnis der CVP. Im Anhang I werden Fragen beantwortet, die im Zusammenhang mit dem „C“ häufig gestellt werden. Im Anhang II werden einzelne politischen Schwerpunkte und unsere C-Werte, resultierend aus der Basisumfrage vom April 2010, in Beziehung gesetzt.

Einleitung

Die CVP unterscheidet sich von den meisten Parteien, indem sie jede vereinfachende Ideologie ablehnt, jedoch die Werte, die aus dem Christentum entsprungen sind, verteidigt. Mit dem C im Namen zeigen wir auf, dass wir unser politisches Handeln nicht in der klassischen, horizontalen Dimension zwischen links und rechts sehen, sondern uns auch einer vertikalen Dimension verpflichtet fühlen. Die CVP strebt keinen hinkenden Kompromiss zwischen diesen unverträglichen Links-Rechts-Polen an. Wir stehen über diesem Widerspruch, indem wir den Weg der produktiven Vermittlung wählen. Es ist unsere Aufgaben sicher zu stellen, dass wir stets die Interessen aller in unserem Land vor Augen haben. Das ist die Rolle der CVP.

Die CVP lehnt jede Ideologie ab, weil ideologisches Denken und Handeln der komplexen und widersprüchlichen Realität nicht gerecht wird. Statt an Ideologien orientieren wir uns an Werten. Dabei opfern wir diese Werte nicht irgendwelchen politischen „Spielchen“. Wir sind uns bewusst, dass verschiedene Werte oft in Konkurrenz zueinander stehen. Folglich müssen wir unter ihnen eine Rangfolge schaffen und dabei oft immer wieder neu entscheiden. Das ist eine anspruchsvolle Arbeit, in die sich Fehler einschleichen können und die uns bisweilen den Vorwurf einbringt, keine klaren Positionen zu vertreten.

In unserer Wertepartei ist keine Meinung zum Vornherein gefasst. Man muss sie sich zuerst erarbeiten. Die CVP besitzt nicht die eine Wahrheit, aber sie ist auf der Suche danach. Die Partei ist weniger wichtig als die Werte, die sie zu fördern bemüht ist. Diese Werte sind nachfolgend konkretisiert.

Was bedeutet „christlich“ für uns als CVP-Mitglieder?

„C“ steht für die **Achtung des Menschen**, für eine Würde, die allen Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Ethnie, Religion, gesellschaftlichem Status oder Leistungsfähigkeit zukommt.

Der Respekt vor der Menschenwürde beinhaltet auch eine Absage an jede Form des Sexismus oder Rassismus. Aus diesem Grund kann eine auf einem christlichen Menschenbild beruhende Politik Menschenrechtsverletzungen, ja schon die Verunglimpfung der Menschenrechtsidee, nicht tolerieren.

„C“ steht für **Eigenverantwortung** und ist die **Grundlage der Freiheit jedes Einzelnen**. Doch Freiheit ohne Verantwortung den Mitmenschen gegenüber ist undenkbar, denn jeder ist Teil einer Gemeinschaft.

„C“ ist somit auch die **Grundlage des solidarischen und nachhaltigen Handelns**. Solidarisches und nachhaltiges Handeln setzt Respekt vor den Mitmenschen, den kommenden Generationen und vor der Umwelt voraus.

Die christliche Vorstellung des Menschen ist grundsätzlich positiv und setzt auf **das Gute im Menschen**, ohne naiv zu sein oder über die destruktiven Kräfte im Menschen hinwegzuschauen.

Die **Eigenverantwortung** ist für uns zentral. Fordern wir diese aber immer und kompromisslos ein, überfordern wir Menschen. Der Mensch ist nicht vollkommen. Wir alle handeln hin und wieder verantwortungslos und scheitern an unseren eigenen Idealen. Dazu müssen wir ehrlich stehen. Perfektionismus steht immer in der Gefahr der Heuchelei und der Doppelmoral. Dazu kommt, dass unsere Leistungsfähigkeit ebenfalls Grenzen kennt. Wer Leistung zum Prinzip macht, grenzt weniger Leistungsfähige sowie kranke, behinderte und ältere Menschen aus. Sie alle haben indes Rechte und verdienen unseren Respekt. Darum darf der Wert eines Menschen nie nur nach seiner Leistungsfähigkeit beurteilt werden.

Das „C“ steht für die Förderung des **Gemeinwohls**. Das gilt im Kleinen (z.B. Familie) wie im Grossen (Gemeinde, Staat). Nach unserer Überzeugung wird dies durch die Respektierung der beiden Prinzipien der **Subsidiarität** und der **Solidarität** garantiert.

Die **Subsidiarität** beinhaltet, dass die übergeordnete Gemeinschaft (z.B. der Staat) immer dann unterstützend zur Seite steht, wenn die untergeordnete Handlungsebene (z.B. Einzeler, Familie, Gemeinde, Kanton) ihre Aufgabe auf sich allein gestellt nicht wahrnehmen kann. Die Hilfe des Staates darf aber nicht entmündigen. Die untergeordneten Ebenen sollen ihr Geschick baldmöglichst wieder in die eigene Hand nehmen.

Die Subsidiarität darf aber nicht zum Egoismus im Namen des Föderalismus verkommen. **Solidarität** fordert uns auf, immer das Gemeinwohl im Auge zu behalten und die weniger Leistungsfähigen ebenfalls zu unterstützen (klassisches Beispiel dafür ist der Finanzausgleich). Dieses unabdingbare Zusammenspiel von Subsidiarität und Solidarität hat die CVP 2004 auf die Formel „liberal-sozial“ gebracht. (Siehe dazu im Anhang I Ziffer 6.)

Anhang I

1. Welche Bedeutung hat die Bibel, z.B. 10 Gebote, Bergpredigt für die CVP?

Der christliche Glaube beinhaltet in erster Linie eine persönliche Beziehung zu Jesus Christus und eine Hoffnung aus dem Auferstehungsglauben. So ist auch die Bibel nicht ein Ethik-Handbuch und schon gar kein „Polit-Handbuch“. Die Bibel vermittelt in erster Linie Lebenssinn und die Motivation, das Leben aus dem Glauben zu gestalten. Dabei finden wir als Orientierung grundlegende Werte eines christlichen Menschenbildes. Diese ziehen sich wie ein roter Faden durch die Bibeltexte.

Wir leiten aus der Bibel aber keine direkten Handlungsanweisungen für die Alltagspolitik ab. Auch ethisch bedeutsame Texte wie z.B. die 10 Gebote oder die Bergpredigt bedürfen einer wissenschaftlichen Auslegung. Die 10 Gebote geben nicht Antwort auf alle Fragen des Lebens. Sie fordern uns auf, unser Leben aus der Gesinnung der Freiheit zu gestalten und diese Freiheit auch ändern zu ermöglichen. Auch die Bergpredigt beinhaltet dieses faszinierende Freiheitsethos, das uns zu gutmütigem Handeln ermutigen soll. Wird die Bergpredigt als Gesetz missverstanden, überfordert sie den Menschen hoffnungslos. Wir wehren uns darum gegen ein vorschnelles Moralisieren auf der Basis der Bibel. Sie ist in erster Linie ein Glaubensbuch. Darum lehnen wir einen fundamentalistischen Gebrauch von biblischen Texten als Basis von Politik ab. Wir stehen zu jener kritischen Lektüre der Bibel, die sich auch in der Theologie bewährt hat.

2. Welche Bedeutung hat der persönliche christliche Glaube der CVP-Mitglieder?

Religion ist im 21. Jahrhundert wiederum zu einer gestaltenden Kraft in der Gesellschaft geworden. Dies gilt im konstruktiven wie im destruktiven Sinne. Religiöser Glaube kann darum nicht mehr einfach nur als Privatsache abgetan werden. Religion soll sich in der Öffentlichkeit und nicht in Subkulturen abspielen. Privat sind aber nach wie vor der persönliche Glaubensentscheid und die persönliche Glaubenspraxis. Diese sind zu respektieren, solange sie den demokratischen Rechtsstaat nicht verletzen. Daran hält sich die CVP auch parteiintern. So ist es möglich, dass sich CVP-Mitglieder in der Partei engagieren, die sich selber als „nicht gläubig“ bezeichnen, aber dem Menschenbild der CVP in hohem Masse zustimmen.

3. Welche Beziehung hat die CVP zu christlichen Kirchen? Ist sie überkonfessionell, ökumenisch oder einer Kirche besonders verpflichtet?

Die CVP ist keiner Kirche im Besonderen verpflichtet. Wohl hat sie ihre Wurzeln als Vertreterin der Interessen der Katholiken, die zu jener Zeit noch in einigen Kantonen diskriminiert wurden. Das ist inzwischen Geschichte, obwohl die CVP nach wie vor aus der reichen Tradition der katholischen Soziallehre schöpft. Diese ist, was ihre grundlegenden Prinzipien angeht, auch in den ökumenischen Dialog zur christlichen Sozialethik bereichernd eingeflossen. Heute präsentiert sich die CVP als überkonfessionelle Wertepartei. Sie ist auch nicht ökumenisch. Ökumene ist Aufgabe der Kirchen. Die CVP leistet dazu ihren Beitrag, indem sich in ihren Reihen Christen verschiedener Konfessionen engagieren. Darum ist die CVP

auch am Dialog mit christlichen Kirchen, vor allem mit den Landeskirchen, interessiert. Dies gilt insbesondere für jene politischen Themen, an denen die Kirchen Interesse bekunden.

4. Wie steht die CVP zu nichtchristlichen Religionsgemeinschaften?

Die CVP bietet allen Menschen eine politische Heimat, die ihre Wertebasis teilen und sich dem demokratischen Rechtsstaat verpflichtet fühlen. Wir suchen den Dialog zu jenen Religionsgemeinschaften, die die beschriebene Wertebasis teilen. Ausserdem setzen wir uns für eine möglichst freie Ausübung religiöser Praxis in unserem Staat ein und fördern Kontakte zwischen Religionsgemeinschaften und den staatlichen Behörden. Auch der interreligiöse Dialog ist uns wichtig. Er hat gezeigt, dass gerade die Buchreligionen (Judentum, Christentum und Islam) voneinander lernen können.

Wir sind aber keine Anhänger einer billigen Toleranz, welche desinteressiert an Religion alles gelten lässt. Wir setzen uns für jene aktive Toleranz ein, die sich nicht scheut, den Religionsgemeinschaften auch kritische Fragen zu stellen und sie auffordert, ihr Eigenleben kompatibel mit den Grundrechten des demokratischen Rechtsstaates zu gestalten.

5. Ergibt sich eine besondere Positionierung aufgrund des „C“ in der Parteienlandschaft?

Weil die CVP Eigenverantwortung sowie solidarisches und nachhaltiges Handeln einfordert, weil sie für persönliche Freiheit und Menschenwürde einsteht, ist sie keinem politischen Block verpflichtet. Eine auf dem christlichen Menschenbild beruhende Politik versucht, zwischen den alten ideologischen Fronten zu vermitteln und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Weil wir nicht den Anspruch haben, in jedem Falle abschliessende Antworten zu haben, sind wir kompromissbereit. Eine Politik aus dieser Haltung heraus positioniert sich zwangsläufig zwischen den Polen und wird als Politik der Mitte bezeichnet. Die CVP selbst bezeichnet sich nicht als liberal und sozial, sondern als liberal-sozial.

Menschenwürde, Eigenverantwortung und Freiheit, Mitverantwortung und Solidarität und nachhaltiges Handeln bilden die Grundlage unserer Politik. Von diesen Grundsätzen inspiriert, lehnt die CVP sowohl staatliche Bevormundung, als auch egoistischen Nationalismus ab. Es entspricht der liberal-sozialen Positionierung, dass die auf einem christlichen Menschenbild beruhende Politik versucht, andere Meinungen zu respektieren und Kompromisse zu schmieden.

6. Ist es nicht ein Widerspruch, gleichzeitig liberal und sozial sein zu wollen?

Die Formel liberal-sozial, die erstmals im Aufbruchprogramm 2004 zur Wertepositionierung der CVP verwendet wurde, ist tatsächlich ungewohnt.

Einige Kantone, in denen der Kulturkampf bis ins 20. Jh. lebendig war, wurden durch den Gegensatz liberal (freisinnig) und katholisch (konservativ) geprägt. „Liberal“ war der politische Gegner. Undenkbar, dass sich die CVP freiwillig mit dem Kürzel „liberal“ schmückt. In anderen Kantonen wird liberal-sozial als eine Kombination von Liberalismus und Sozialismus verstanden, was tatsächlich ein Widerspruch in sich wäre.

Wenn wir aber liberal und sozial als Hinweis auf Werte betrachten, macht liberal-sozial nicht nur Sinn, sondern es entspricht der christlichen Tradition. Bereits in der Bibel finden wir Freiheitswerte und Liebeswerte. Der Befreiung Israels aus der Sklaverei Ägyptens mit dem Bundesschluss am Sinai im Alten Testament, das Doppelgebot von Gottes- und Nächstenliebe im Alten und Neuen Testament; vor allem aber Paulus im Galaterbrief weisen auf diese beiden grundlegenden christlichen Werte hin: Keine Freiheit ohne Liebe – keine Liebe ohne Freiheit.

Noch klarer ist die Soziallehre in der Tradition der katholischen Kirche: Das Gemeinwohl wird gefördert durch die Respektierung der Prinzipien von Subsidiarität und Solidarität. Subsidiarität schützt vor der Entmündigung durch eine übergeordnete Instanz und garantiert die Handlungsfreiheit der unteren Ebene. Solidarität wiederum schützt die Subsidiarität vor egoistischen Fehlinterpretationen. Liberal-sozial (nie ohne Bindestrich!) fasst diese christliche Tradition in der kürzest möglichen Form zusammen. Dies kann auch bildlich dargestellt werden. Die Wertebasis vieler Parteien kann als Kreis mit einem Mittelpunkt dargestellt werden. Je nach Partei steht im Zentrum „Freiheit“, „Solidarität“ oder „Nachhaltigkeit“.

Die Wertebasis der CVP lässt sich nur als Ellipse darstellen: Sie hat keinen Mittelpunkt, sondern zwei Brennpunkte, Subsidiarität-Solidarität, resp. Freiheit-Liebe. Die Ellipse (das Gemeinwohl) kann nur konstruiert werden, wenn immer beide Brennpunkte mit berücksichtigt werden. Das gilt für sämtliche Bereiche der Politik.

Anhang II

Wie können die C-Werte im politischen Alltag umgesetzt werden?

Folgende Beispiele zeigen exemplarisch, also ohne Anspruch auf Vollständigkeit, wie die christlichen Werte gelebt werden sollten. Sie sind wichtige Grundorientierungen, im Wissen, dass es keine einfachen Antworten auf die Probleme unseres Landes, unserer Gesellschaft gibt.

1. Familien- und Gesellschaftspolitik

Die Familie ist die Basis unserer Gesellschaft. Wer sich entschliesst eine Familie zu gründen, erklärt sich bereit, lebenslang Verantwortung zu übernehmen. Familienangehörige, ob jung oder alt, Familien mit Kindern sowie Familien in späteren Lebensphasen stehen sich gegenseitig bei und werden auch gesetzlich zur Übernahme von Verantwortung verpflichtet. Der Staat hat ein Interesse daran, dass möglichst viele Menschen gegenseitig und bedingungslos Verantwortung übernehmen. Deshalb dürfen Familien nicht diskriminiert oder gegenüber anderen Lebensformen schlechter gestellt werden.

Das Bekenntnis zur Familie bedeutet nicht, dass wir auch die Gestaltung des Familienlebens vorgeben. Im Gegenteil: Wir gehen davon aus, dass die Familien am besten wissen, welche Lebensform für sie die geeignetste ist und setzen uns deshalb für die Wahlfreiheit hinsichtlich Erwerbsarbeit und Kindererziehung zwischen den Partnern ein. Deshalb sollen Eltern, welche auf ein zweites Einkommen verzichten, um möglichst viele Betreuungsaufgaben selber wahrzunehmen, keine Nachteile erleiden. Umgekehrt darf es aber nicht sein, dass Eltern, welche zwei Einkommen erzielen, steuerlich dafür bestraft werden.

Generell gilt für unsere, vom christlichen Menschenbild geprägte Familienpolitik, dass Familien bei Bedarf vom Staat finanziell und infrastrukturell unterstützt werden sollen.

2. Sozialpolitik

Eine auf dem christlichen Menschenbild basierende Politik muss unser Erachtens am Wohl der Schwächsten gemessen werden. Das heisst aber nicht, dass Einzelne einfach darauf vertrauen dürfen, dass sie dann schon von der Gesellschaft bzw. vom Staat getragen werden, egal ob sie das Zumutbare für ihr wirtschaftliches Fortkommen leisten oder nicht.

Ziel unserer Sozialpolitik ist es, den Menschen zu ermöglichen, ihr Leben eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen. Wir akzeptieren kein Sozialsystem, welches den Menschen entmündigt und ihm die Verantwortung für sein Leben abnimmt. Doch wir wissen, dass nicht alle Menschen befähigt sind, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten.

Der Staat hat deshalb nach unserem Verständnis allen Menschen in wirtschaftlicher Not zu helfen. Er hat aber auch dafür zu sorgen, dass sie wieder aus dieser Not heraus kommen. Weil wir wissen, dass Menschen auch träge sein können, müssen Anreize geschaffen wer-

den, damit sie ihre eigenen Kräfte mobilisieren, um wieder wirtschaftlich selbständig sein zu können.

Wir sind der Überzeugung, dass Menschen, welche eigenverantwortlich leben können, zufriedener und glücklicher sind. Der Staat hat dabei entsprechend Unterstützung zu leisten.

In der Schweiz profitieren wir von einer hohen Qualität der Sozialwerke. Damit das auch für unsere nachkommenden Generationen so bleibt, muss die Kultur des Zusammenlebens vermehrt gestärkt werden. Wir wollen keinen Sozialstaat, in dem sich der Bürger wie in einem Selbstbedienungsladen fühlt. Grundsätzlich ist hier nicht nur der Staat gefragt, sondern der Mensch selbst und seine Bürgerinitiativen. Zusammen mit dem Staat setzen wir uns für die langfristige Sanierung unserer Sozialversicherungen ein. Defizitäre Sozialversicherungen entsprechen nicht nachhaltigem Handeln und nicht unserem Prinzip der Generationengerechtigkeit.

3. Migrations- und Integrationspolitik

Die Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen ist eine Tatsache. Sie kann und soll nicht rückgängig gemacht werden. Die Integration zugewanderter Menschen ist für jeden Staat eine Herausforderung. In der Schweiz zeigen die Integrationsmassnahmen durchaus ihre Wirkung, allerdings gibt es auch negative Aspekte, die von grossen Teilen der Bevölkerung als grosse Probleme wahrgenommen werden.

Während andere Parteien aus dem nachvollziehbaren Unbehagen vieler Schweizerinnen und Schweizer dem Fremden gegenüber auf vereinfachende und emotionale Weise Kapital zu schlagen versuchen, ist es nach unserem Verständnis mit der Menschenwürde nicht vereinbar, Menschen aufgrund ihrer Herkunft und ihrer Ethnie zu verunglimpfen. Diese Werthaltung bewirkt, dass die CVP keine fremdenfeindlichen Töne anschlagen darf. Wir begegnen Ausländerinnen und Ausländern offen, mit Respekt und Toleranz. Deswegen schauen wir nicht weg, wenn es Probleme gibt. Wir erachten es als unnötig, unsere eigenen Werte aufzugeben, denn wir gehen davon aus, dass ein gefestigtes Wertefundament das beste Mittel ist, mit anderen Menschen im Frieden zusammenzuleben.

Um die mit der Integration verbundenen Probleme einer Lösung zuzuführen, braucht es staatliches Handeln. Dieses staatliche Handeln hat die Integration zu fördern, muss aber von den Migranten auch etwas fordern. Migranten haben eine Eigenverantwortung, welche mit Blick auf eine gute Integration eingefordert werden darf.

Klare Richtlinien, welche bei Nichtbeachtung durchaus harte, aber faire Folgen für Einzelne nach sich ziehen, sind notwendig. Das impliziert aber dass die Konsequenzen nie völkerrechtliche Grundsätze verletzen dürfen.

4. Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die CVP kann sich weder auf eine liberale Wirtschaftspolitik – welche nur dem Markt vertraut und die Rolle des Staates minimiert – noch auf eine soziale Wirtschaftspolitik beschränken - welche wiederum die entgegengesetzte Position einnimmt. Wir stehen für eine soziale Marktwirtschaft ein, in der sich jeder entfalten und weiterentwickeln kann. Unser Verständnis

des christlichen Menschenbildes verpflichtet uns, der Eigenverantwortung jedes Einzelnen in allen Bereichen, und damit auch in der Wirtschaft, einen hohen Stellenwert einzuräumen. Der Wettbewerb als Grundlage unseres Wirtschaftsmodells ist die effizienteste Form für eine nachhaltige und qualitativ hochstehende wirtschaftliche Entwicklung.

Nicht alle Menschen sind jedoch gleich leistungsfähig und in der Lage, sich dem Wettbewerb zu stellen. Deshalb hat die Marktwirtschaft sozial zu sein. Folglich soll ein solidarischer Ausgleich stattfinden, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu verhindern. Denn der Reichtum unseres Landes misst sich am Wohl der Schwächsten.

Die Politik der CVP besteht darin, das freie Unternehmertum zu fördern. Dazu gehört es, dessen Handlungsspielraum nur dann durch Gesetze, Reglementen und Kontrollen zu begrenzen, wenn dadurch die Erhaltung und Entfaltung unserer Volkswirtschaft als Ganzes gesichert wird.

Unternehmungen müssen sich bewusst sein, dass sie in einem gesellschaftlichen Umfeld agieren. Sie haben darauf zu achten, dass ihre Unternehmenspolitik nicht zu gesellschaftlichen Spannungen führt, sondern zu einer effizienten Wirtschaft, die den Arbeiter, den Konsumenten und die Umwelt schätzt und respektiert.

Eine besondere Wertschätzung bringen wir Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) entgegen, weil wir überzeugt sind, dass in diesen Arbeitgeber und Arbeitnehmer partnerschaftlich agieren und ohne grosse staatliche Eingriffe ein Interessenausgleich stattfindet.

Um die Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, ist der Zugang zu einer guten Aus- und Weiterbildung zur Verfügung zu stellen und Innovationsgeist, Leistungs- und Wettbewerbswillen des Einzelnen zu stimulieren.

Die soziale Marktwirtschaft muss die Lebensqualität zukünftiger Generationen sichern. Deshalb sind aus unserer Sicht Schulden vor der nächsten Generation nur dann verantwortbar, wenn der Nutzen der den Schulden gegenüberstehenden Leistungen vorab den zukünftigen Generationen zugute kommt.

5. Bildungspolitik

Eine glaubwürdige Bildungspolitik nach unserem Verständnis ermöglicht Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet, dass jedes Kind die gleichen Startbedingungen erhalten muss. Weil wir Mitverantwortung tragen, sollen auch in allen Landesregionen ein gleich hohes Bildungsniveau und gleich hohe Bildungsstandards erreicht werden.

In einem freien Wohlfahrtsstaat steht es jedem zu, sich weiterbilden zu dürfen. Dadurch entfaltet sich der Mensch, trägt zu unserer funktionierenden Gesellschaft bei und fördert nachhaltig seine wirtschaftliche Selbständigkeit. Das muss vom Staat anerkannt und finanziell begünstigt werden.

6. Umweltpolitik

Nachhaltiges Handeln ist ein Grundwert unserer Politik. Es bedeutet, dass man Verantwortung für die Zukunft übernimmt. Somit ist ein sorgsamer Umgang mit der Umwelt zwingender Teil der CVP-Politik. Ziel dieser Politik ist es, Nachhaltigkeit hauptsächlich mit Anreizen und wirtschaftskonformen Steuerungsmechanismen zu erreichen.

Im Vordergrund steht für die CVP die Reduktion des Energieverbrauchs, denn wir können und wollen nicht zulasten anderer Regionen oder zukünftiger Generationen die Ressourcen der Erde ausbeuten. Zudem sollen damit die Belastungen für das Klima reduziert werden.

Die Energie, welche wir brauchen, muss mehr als in der Vergangenheit von erneuerbaren Quellen stammen. Wir stehen dafür ein, dass die Schweiz mittelfristig energieautonom wird. Nicht erneuerbare Ressourcen wie Uran und Erdöl und -gas sollen nur noch in begrenzten Mengen importiert werden müssen. Unser Land muss sich gemeinsam anstrengen, um einerseits die Energieleistungen in den Siedlungsgebieten und im Verkehr zu verbessern und um andererseits die Solar-, Wind-, Wasserenergie sowie Erdwärme auf ihrem Gebiet besser zu nutzen und zu fördern. Diese Politik erlaubt die Wirtschaft und Ökologie zu vereinen.

Die nachfolgenden Generationen werden es uns danken.